

tete schon vor zwei Wochen, dass der Krieg losgebrochen sei.

Die martialische Rhetorik indes macht vor allem darauf aufmerksam, dass uns der Ausnahmezustand in Friedenszeiten eine gewissenhafte Diskussion über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen abverlangt. Diese Diskussion bleibt uns nur so lang erspart, wie der (präventive) Gesundheitsschutz uneingeschränkt oberste Priorität genießt. Sobald jedoch die unvermeidbaren Nebenfolgen der Schutzmaßnahmen verstärkt in den Radius der öffentlichen Aufmerksamkeit treten, etwa die Bedrohung unseres Wohlstands, psychische Folgen sozialer Isolation oder Einschränkungen unserer Privatsphäre, werden kontroverse Debatten unvermeidlich sein.

Administrative Krise

Solang die Angst vor dem Coronavirus dominiert und die kollektive Opferbereitschaft hoch ist, kann sich die Politik darauf beschränken, die Krise zu administrieren. Es geht in diesem Fall vor allem darum, mehr und schnellere Tests zur Verfügung zu stellen, ausreichend Schutzkleidung und Atemmasken zu organisieren, die Kapazitäten in der medizinischen Intensivbetreuung zu erhöhen und die Impfstoffforschung voranzutreiben. All das sind aufreibende und ernste Probleme, aber sie sind „nur“ verwaltungstechnischer Art. Solange die Krisenpolitik quer durch alle Bevölkerungsschichten Anklang findet (und 95 Prozent unterstützen hierzulande laut Innenminister Karl Nehammer die Maßnahmen), kann sich die Politik auf Gesundheitsschutz und die Erhaltung eines leistungsfähigen Gesundheitssystems konzentrieren. So bleibt die Corona-Krise eine administrative Krise.

Die administrative Krise wird sich jedoch in eine politische Krise verwandeln, sobald sich grundsätzlicher Dissens artikuliert. Dieser Widerspruch wird sich natürlich nicht gegen die grundlegende moralische Überzeugung richten, dass die menschliche Gesundheit ein schätzenswertes Gut ist. Mit Blick auf die wirtschaftlichen, sozialen und demokratiepolitischen Folgen der Krisenpolitik

DER AUTOR



Alexander Bogner (* 1969) ist Soziologe und arbeitet am Institut für Technikfolgen-Abschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. Er ist Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie. [Beigestellt]

werden in naher Zukunft Diskussionen über Art, Anlass und Dauer der konkreten Maßnahmen losbrechen.

Die ökonomischen Folgen, die durch die Maßnahmen gegen das Coronavirus entstehen, werden vermutlich bald zum vordringlichsten Aspekt der Krise werden, hat der Wiener Historiker Philipp Ther kürzlich vermutet. Tatsächlich sind bereits Diskussionen darüber ausgebrochen, ob das Virus oder eine Rezession aktuell das größere Problem darstellen. Die von der Politik verabreichte Medizin sei schlimmer als die Krankheit, hört man nicht nur aus Trumps Administration. Weiters wird uns die Abwägung zwischen Gesundheitsschutz und Datenschutz immer stärker beschäftigen. Schließlich hat der Mobilfunkanbieter A1 damit begonnen, der Regierung anonymisierte Bewegungsdaten seiner Kunden zugänglich zu machen. In Deutschland nutzt das Robert-Koch-Institut heute schon anonymisierte Handydaten der Deutschen Telekom, um daraus Rückschlüsse auf die Ausbreitung des Virus zu ziehen. Unter welchen Umständen wären wir bereit, uns einer lückenlosen Kontakt- und Standortkontrolle zu unterwerfen?

Politische Krise

Österreichs Krisenmanagement wird in ganz Europa als vorbildlich gelobt. Tatsächlich ist es entschlossenem politischen Handeln zu danken, dass uns jene Bilder des Schreckens erspart geblieben sind, die uns jeden Tag aus der Lombardei erreichen. Dennoch werden Fragen aufkommen, die auf eine gründliche Irritation unserer Routine hinweisen. Etwa die Frage, welche Opfer wir eigentlich zu erbringen bereit sind, um die Zahl der „normalen“ Gripptoten zu reduzieren. Liegen uns die Gripptoten nur deshalb weniger am Herzen, weil sie mangels Masse nicht die brutale Frage der Priorisierung medizinischer Hilfeleistungen heraufbeschwören? Oder: Wie hoch setzen wir den Schutz des menschlichen Lebens an, wenn es um unsere Mobilitätsideale geht?

Wenn alle diese Fragen aufbrechen, wenn plötzlich wieder divergierende Interessen, Werte und Wissensansprüche im Raum stehen, wird sich aus der Corona-Krise eine politische Krise entwickeln, das heißt eine fundamentale, hoch kontroverse und offene Debatte über politisches Krisenmanagement. Mit Blick auf eine lebendige Demokratie wird man sagen müssen: zum Glück.

E-Mail an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON ANNELIESE ROHRER



Und es passiert doch? Über den Wunsch, sich zu irren

Warum ein vor neun Jahren geschildertes Szenario in Corona-Zeiten nicht mehr so abwegig erscheint und Wachsamkeit bei Maßnahmen der Politik ratsam ist.

Österreich könnte – und es ist auch für die absehbare Zukunft nicht auszuschließen – in eine Krisensituation geraten, mit Massenarbeitslosigkeit, mit Bedrohung von außen, mit einer wirklichen sozialen Krise. All diese Faktoren könnten in einem unglücklichen Augenblick der Geschichte gleichzeitig auftreten und die Menschen wären sofort bereit, ein Stück Freiheit zu opfern (...). Wenn in einer solchen Situation das Gespür abhandengekommen ist, was demokratisch geht und was nicht, dann verlieren alle. Wenn dann zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise noch eine Vertrauens- oder Glaubwürdigkeitskrise der Politik hinzukäme (...) könnte die Situation auf die Seite einer Pseudo-Demokratie kippen, in der nur mehr das institutionelle Gerippe den Schein wahrht ...

Dieses Szenario habe ich vor neun Jahren in dem kleinen Band „Ende des Gehorsams“ entworfen – im Konjunktiv und in der Hoffnung, es möge nie so weit kommen. Ich bereue, dies damals so geschrieben zu haben und hoffe heute inständig, ich möge unrecht gehabt haben. Alles nur ein Irrtum! Nie wäre die Bereitschaft größer, ihn zuzugeben, als jetzt. Nie würde ich mich mehr darüber freuen als jetzt. Nur das mit der Glaubwürdigkeitskrise in der Politik hat sich bewahrt – in Tirol.

Jetzt ist die Krisensituation da. Anders als angenommen. An eine Pandemie hatte ich 2011 nicht gedacht. Nur an die Bereitschaft vieler Österreicher, ihre Freiheit rasch der vermeintlichen Sicherheit zu opfern. Das ist durch Umfragen belegt, wonach autoritäre Strukturen in Österreich populärer sind als im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten.

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, wie ergeben und gehorsam Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte hingenommen werden. Jetzt ist nicht die Zeit, über Widerstand nachzudenken. Nur, es findet fast kein öffentlicher Diskurs über die Gefahren dieser Entwicklung statt. Das ist so beunruhigend wie bedenklich. Nicht nur in Österreich. Vor einigen Tagen warnte Uwe Volkmann, Professor für Öffentliches

Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Frankfurt, in seinem „Verfassungsblog“ vor Spätfolgen: „Man bekommt, wenn man den Blick von dem gegenwärtigen Problem einmal abwendet, eine Ahnung davon, was auch in demokratischen Rechtsstaaten binnen kurzer Zeit möglich ist, wenn einmal die falschen Leute den Hebel der Macht – oder sagen wir, wie es ist: die des Rechts – in die Hand bekommen.“

Ironie der Geschichte: Vor etwas mehr als einem Jahr war die Empörung groß, als der damalige Innenminister Herbert Kickl plötzlich verkündete: „Recht muss Politik folgen, nicht Politik dem Recht.“ Ein Aufschrei der Verfassungsrechtler, Richter, Anwälte folgte: „Das wird gefährlich.“

Und heute? Stille. Verfassungsrechtler Heinz Mayer mahnt „Verhältnismäßigkeit“ ein, sonst lassen sich keine öffentlichen Reaktionen in Juristenkreisen finden. Eine anonyme Plattform namens Coview-19 will die freiheitsbeschränkenden

Maßnahmen der Regierung „kritisch begleiten“, Amnesty International warnt, bei den Neos schrillen wegen der Pläne der Regierung zu „Big Data“ die Alarmglocken. Es ist auffallend, wohl auch bezeichnend, dass die Debatte um die „drastischen“ Einschränkungen der Grundrechte in Deutschland viel engagierter und intensiver geführt wird als in Österreich. Erstaunlich auch, dass ausgerechnet Christine Lambrecht, Justizministerin und SPD-Politikerin, bereits Anfang März jede Diskussion darüber abwürgen wollte. Und zwar mit der Begründung, die Menschen wollten es so. Schluss der Debatte, auch wenn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ titelte: „Corona darf unsere Freiheit nicht zerstören.“

Der „Hebel des Rechts“ (Uwe Volkmann) in den Händen der falschen Leute? Ungarns Viktor Orbán hat bereits zugegriffen – und die EU andere Sorgen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Aber vielleicht irre ich mich auch wieder.

E-Mail an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin:
Anneliese Rohrer ist Journalistin in Wien.
diepresse.com/rohrer

Am Montag in „Quergeschrieben“:
Anneliese Rohrer

Gehen Sie gut miteinander um

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat es keine ähnliche Situation in unserem Land bzw. in Europa gegeben. Tausende Tote in Italien und Spanien, die Wirtschaft weitgehend heruntergefahren – und man kann eigentlich nur machtlos zuschauen. Umso wichtiger scheint es mir, trotz allem das Positive zu sehen und dankbar zu sein. Viele Mitmenschen arbeiten hart in den verschiedensten Berufen, um unser Leben zu erleichtern und trotz der Pandemie auch für Recht und Ordnung im Lande zu sorgen. Vielen Dank dafür!

Unser Land hat sich durch viel Fleiß, harte Arbeit und Zukunftsglauben nach dem letzten Krieg beispielhaft hochgearbeitet. Danke liebe Eltern, Groß- und Urgroßeltern! Und daher bitte ich heute unsere Landsleute, gut miteinander umzugehen, kameradschaftlich und positiv zu sein – und sich auf die Zeit nach der Krise zu konzentrieren. Kopf hoch! Unsere

wunderbare Heimat Österreich ist es wert, mutig und voller Zuversicht in die Zukunft zu blicken!

Werner Hardt-Stremayr, 9520 Annenheim

Schieflage bei der Kurzarbeit

„Kurzarbeit – oder doch Kündigung?“ von Christine Kary, 26. 3. Bei den im Artikel angeführten monatlichen Kosten i. H. v. 340,00 (Gehalt i. H. v. 2.500,00 und 90 % Reduktion der Arbeitszeit) sind die Lohnnebenkosten noch nicht inkludiert. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die gleiche Regelung auch für das Feiertagsentgelt gilt. Da es in den Monaten April bis Juni fünf Feiertage gibt, ergeben sich weitere Zusatzkosten, die der Dienstgeber mangels Arbeitsmöglichkeit nicht verdienen kann. Wenn die Kurzarbeit (90 % Reduktion, Gehalt 2.500,00) von April bis Juni andauern sollte, ergeben sich für die anteiligen Urlaube und Feiertage Kosten i. H. v. ca. 1.800,00 (ohne Lohnnebenkosten) pro Dienstnehmer. Österreichweit

dürfte die Belastung für alle Dienstgeber weit über 1,0 Mrd. Euro betragen. Bei einigen Dienstgebern kann diese „Schieflage“ unter Umständen den Ausschlag für die Kündigung der Dienstnehmer geben. Die Bundesregierung ist aufgerufen, hier eine faire Lösung zu finden.

Außerdem sollte eine gesetzliche Regelung zum Thema „gutgläubiger Verbrauch“ eines eventuell zu hoch ausbezahlten Nettogehaltes wegen Kurzarbeit beschlossen werden. Es besteht derzeit die Gefahr, dass ein eventuell zu viel ausbezahltes Gehalt nicht rückgerechnet werden kann.

Mag. Johannes Unger, Steuerberatung, 1040 Wien

Im Nachhinein weiß man alles besser

„Oper auf Deutsch“, Leserbrief von Ioan Holender, 26. 3. Zum Leserbrief von Herrn Holender möchte ich Folgendes anmerken: Er hätte während seiner Zeit als Staatsopern-Direktor die von

ihm als vernachlässigt bezeichneten deutschen beziehungsweise deutschsprachigen Opern wieder ins Repertoire aufnehmen und so seinen Beitrag leisten können. Wie alle ehemals Tätigen (auch Politiker) weiß auch er im Nachhinein alles besser.

Susanne Bauda, 1010 Wien

Nur eine starke EU kann Europas Länder schützen

„Autokratische Versuchung“, Analyse von Burkhard Bischof, 25. 3. Danke, Herr Bischof, für Ihre Analyse! Das Coronavirus macht die Defizite der europäischen Zusammenarbeit sichtbar. Die Ursachen dafür findet man in anderen Krankheitserregern, so zum Beispiel dem faschistoiden Orbán-Virus. Bis heute haben Europas Spitzenpolitiker es zugelassen, dass Orbáns Clan mit EU-Geldern seine Allmacht ausbauen konnte. Die Ungarn selbst können medienzensuriert nur stumm zusehen, wie ihr Land, zur großen Freude global agierender Großmächte,

gegen die EU mobil macht. Es ist höchste Zeit, dass Europas Politiker sich endlich kompromisslos für demokratische Prinzipien und Solidarität starkmachen und den angehenden Diktatoren und Totengräbern Europas jede Unterstützung entziehen. Nur eine starke EU kann Europas Länder vor Viren und dem Ausverkauf an die folkloristische Trophäensammlung der kommunistischen Partei Chinas schützen.

Prof. Dr. Walter Rehorska, 8480 Mureck

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/debatte
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.